



Klartext



CDU FRAKTION

IM RAT DER STADT DORTMUND

Einblicke ins Rathaus – Auszüge aus der Arbeit der CDU-Ratsfraktion November 2019



Handeln statt Symbolik – Keinen „Klimanotstand“ ausgerufen!

» weiterlesen, S. 1

Umbau der Faßstraße „Verkehrssicherheit nicht gewährleistet“

» weiterlesen, S. 2

Gute Lösung für den Radverkehr am Wallring

» weiterlesen, S. 3

Mehr Geld für die Sportvereine „Wir stärken den Sport“

» weiterlesen, S. 8

Foto: iStock.com/Petmal

Handeln statt Symbolik – Keinen „Klimanotstand“ ausgerufen!

Im Sinne des Klimaschutzes hat die CDU-Fraktion in der letzten Ratssitzung vor der Sommerpause der rein symbolischen Forderung der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen und Die Linke & Piraten, in Dortmund den „Klimanotstand“ auszurufen, die „Dortmunder Initiative gegen die globale Klimakrise“ entgegengestellt.

„Allein das Ausrufen des ‚Klimanotstandes‘ ist noch lange kein aktiver Beitrag zum tatsächlichen Klimaschutz. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von Politik und Verwaltung aber zu Recht, dass wir handeln. Und zwar nicht nur symbolisch mit reinen Schaufensteranträgen!“, erläutert der umweltpolitische Sprecher der CDU-Fraktion Uwe Waßmann die Haltung der CDU und fährt fort: „Die Fraktionen, die in Dortmund den ‚Klimanotstand‘ ausrufen, stellen unserer Stadt ein verheerendes Zeugnis

aus und schaden wider besseres Wissen dem Ruf unserer Stadt. Allein aus dem im Jahr 2011 auf den Weg gebrachten ‚Handlungsprogramm Klimaschutz 2020‘ wurden rund 70 Projekte zum Schutz von Umwelt und Klima entwickelt und umgesetzt.“

In der gemeinsam mit der SPD-Fraktion in den Rat der Stadt Dortmund eingebrachten „Dortmunder Initiative gegen die globale Klimakrise“

- bekennt sich der Rat der Stadt Dortmund zu den Klimazielen der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union, deren Erreichung auch in Dortmund ernsthafte Maßnahmen erfordert.
- bekräftigt der Rat der Stadt Dortmund die im Handlungsprogramm „Klima-Luft-2030“ definierten Klimaschutzziele.

- stellt der Rat der Stadt Dortmund fest, dass die Belange des Klimaschutzes künftig in gleichem Maße beachtet werden sollen wie die des Umwelt- und Naturschutzes, der sozialen Sicherung und des Wirtschaftsstandortes.

„Die ‚Dortmunder Initiative gegen die globale Klimakrise‘ geht weit über das symbolhafte Ausrufen des ‚Klimanotstandes‘ hinaus“, macht Uwe Waßmann deutlich. „Gefragt sind konkrete Maßnahmen. Das jahrzehntelange Verwaltungshandeln in unserer Stadt ist anzuerkennen“, betont Waßmann unter Hinweis auf die Klimaschutzaktivitäten der Stadt.

Dazu zählt auch die mit den Stimmen der CDU-Fraktion beschlossene Erstellung eines „Handlungsprogramms Klima-Luft 2030“. Dieses soll das im Jahr 2011 vom Rat der Stadt Dortmund beschlossene „Handlungspro-

gramm Klimaschutz 2020“ fortschreiben und neue Klimaschutzmaßnahmen vorantreiben. Ziel ist die kontinuierliche Minderung des Treibhausgasausstoßes bis hin zur Klimaneutralität im Jahr 2050 in Bezug zum Basisjahr 1990 mit den Zwischenschritten von 55 Prozent bis zum Jahr 2030 und 70 Prozent bis zum Jahr 2040.

Das neue Handlungsprogramm ist nicht auf den Klimaschutz beschränkt. Wegen ihrer engen Verbundenheit und ihrer wechselseitigen Beziehung wird das Handlungsprogramm inhaltlich um den Themenbereich Luftreinhaltung ergänzt. Wie im Bereich Klima soll ein Katalog erarbeitet werden, der Maßnahmen aufzeigt, die zur guten Luftqualität in Dortmund beitragen.

Es ist beabsichtigt, das Handlungsprogramm innerhalb eines Jahres zu entwickeln.

DO kann mehr!



Ulrich Monegel

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

die Gemeindeordnung NRW stellt im ersten Paragraphen eine Leitlinie für das kommunale Handeln auf: Ziel ist die Förderung und Erhaltung des Wohls der Einwohner. Diesem Auftrag kommen wir mit unserer Fraktionsarbeit im Rat der Stadt Dortmund und in den Bezirksvertretungen vor Ort nach. Unser Anspruch ist immer, Politik zum Wohle aller zu gestalten. Mittelpunkt unserer Politik sind die Menschen unserer Stadt!

Für unsere Fraktion ist das selbstverständlich. Die CDU ist eine Volkspartei. Dies unterscheidet uns von einigen anderen Fraktionen im Rat. Wir vertreten nicht einzelne Interessen, bedienen nicht nur ein Thema, uns treibt keine Ideologie. Unser Augenmerk gilt vielen Themen und allen Einwohnern unserer Stadt. Wir wollen eine Stadt für Familien und Singles, für Jung und Alt, hier geborene Menschen und Zuwanderer, für alle sozialen Schichten. Wir wollen eine Politik der praktischen Vernunft, die Lebensanspruch und -qualität unserer Stadt hebt und unsere Stadtgesellschaft zusammen hält.

Das große Ganze im Blick zu haben, ist nie bequem, und wird auch nicht immer honoriert. Aber: Wir übernehmen Verantwortung, die uns als CDU-Fraktion von den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt übertragen ist. Die Suche nach Kompromissen, um Mehrheiten zu finden, die gestalten und Dinge vorwärts bringen, gehört dazu. Das heißt allerdings auch, sich nicht immer eins zu eins mit eigenen Positionen durchsetzen zu können. Wechselnde Mehrheiten im Rat können dazu führen, dass CDU-Positionen entgegen unserer Überzeugung nicht immer Anklang finden. In der Gesamtschau aber war und ist unsere Politik zielklar, respektiert, häufig mehrheitsfähig und für Dortmund erfolgreich!

Mit diesem „Klartext“ stellen wir unsere Positionen zu ausgewählten Themen vor und berichten Ihnen von unserer Fraktionsarbeit. Für weitergehende Informationen zu Projekten, Initiativen, Anträgen und Pressearbeit sind Ihnen die Auftritte unserer Fraktion im Internet und in den sozialen Medien herzlich empfohlen.

Ihr

Ulrich Monegel

Ulrich Monegel
Vorsitzender der CDU-Fraktion

Impressum

Herausgeber: CDU-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund, Rathaus, Friedensplatz 1, 44135 Dortmund

V.i.S.d.P.: Ralf Binnberg
Geschäftsführer

Redaktion: Ulrich Monegel (Leitung),
Ralf Binnberg, Reinhard Frank,
Annette Hedergott, Susanne Lengner,
Manuel Treude

Redaktions-

schluss: 13. November 2019

Satz: schlecht gestaltet. Ute Schlecht

Druck: Deutsche Post Dialog Solutions GmbH

Landschaftsplan als Beitrag zum Klimaschutz

Bereits im Jahr 2013 hat der Rat der Stadt Dortmund die Neuaufstellung des Landschaftsplanes Dortmund beschlossen. Im Landschaftsplan werden Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege festgelegt. Dem Rat der Stadt lagen die Ergebnisse der bislang durchgeführten Verfahrensschritte zur Kenntnisnahme vor (Beteiligung der Träger öffentlicher Belange; Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger).

Die CDU-Fraktion hat für die öffentliche Auslegung des nach Auswertung der Stellungnahmen, Bedenken und Anregungen erstellten zweiten Entwurfs des Landschaftsplanes gestimmt.

- Darin werden
- 35 Naturschutzgebiete auf 2.706 Hektar (fast 10 Prozent des Stadtgebietes)
 - 48 Landschaftsschutzgebiete auf 8.584,5 Hektar (entsprechen 30,58 Prozent des Stadtgebietes)
 - 76 Naturdenkmäler
 - 139 geschützte Landschaftsbestandteile ausgewiesen.



Foto: CDU-Ratsfraktion

„Dadurch, dass sich der Anteil der geschützten Teile von Natur und Landschaft, trotz der baulichen Entwicklungen im Stadtgebiet, auf fast 42 Prozent der Fläche erhöhen wird, leistet der neue Landschaftsplan einen wichtigen Beitrag für den Schutz von Klima, Umwelt und

Natur. Wir werden im weiteren Verfahren darauf achten, dass wohnortnahe Naturräume auch zukünftig naturverträglich in ihrer wichtigen Funktion für Erholung, Sport- und Freizeitaktivitäten der Bevölkerung erhalten bleiben“, erklärt Uwe Waßmann, der umweltpolitische Sprecher der CDU-Fraktion.

Umbau der Faßstraße – Sascha Mader: „Verkehrssicherheit nicht gewährleistet“



Foto: CDU-Ratsfraktion

Unsere Fraktion bleibt ihrer Haltung zum geplanten Umbau der Faßstraße treu: Den Bebauungsplan Hö 281 – Faßstraße –, dessen Ziel es ist, die für den Umbau der Faßstraße erforderlichen Flächen als Verkehrsflächen zu sichern und so die planungsrechtlichen Voraussetzungen für den geplanten Umbau der Straße zu schaffen, haben wir im Rat der Stadt Dortmund abgelehnt.

Sascha Mader, verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Ratsfraktion, erläutert die Position: „Der beabsichtigten Umgestaltung der Faß-

straße stehen wir dabei nicht gänzlich ablehnend gegenüber: Wir sind für eine Umgestaltung der Faßstraße, die dazu beiträgt, die aktuelle Situation einer Hauptverkehrsstraße, die Hörde zerschneidet, zu überwinden. Wir sind für eine Umgestaltung der Faßstraße, die das Zusammenwachsen des Hörder Ortskerns mit dem Phoenix-See-Areal fördert. Wir begrüßen

insbesondere auch das Ziel, den nördlichen Stadteingang zum Hörder Zentrum in Höhe des Phoenix-Gymnasiums städtebaulich aufzuwerten.“

Mader weiter: „Überhaupt nicht einverstanden sind wir allerdings mit der beabsichtigten Neuaufteilung des Straßenraumes im mittleren Abschnitt der Faßstraße. Für die CDU ist der hierzu durchgeführte Verkehrsversuch gescheitert. Viele Bürger sehen das so.“ Zwischen der Alfred-Trappen-Straße und der Hermannstraße sehen die städtischen Planungen zugunsten angenehm breiter Radstreifen und Fußgängerwege vor, die Fahrbahn auf einen überbreiten Fahrstreifen je Richtung zu reduzieren. Pkw und Lkw sollen bei reduzierter Geschwindigkeit versetzt nebeneinander fahren und im Ampelbereich unmittelbar nebeneinander zum Stehen kommen.

Sascha Mader: „Zu welcher gefährlichen, unfallträchtigen Situationen dies führen kann, lässt sich bereits heute an dem entsprechend ausgewiesenen Teilstück der Faßstraße erfahren. Dem Radverkehr wird mit der beabsichtigten Neuaufteilung des Straßenraumes ein Bärendienst erwiesen. Die aktuellen Planungen für den mittleren Abschnitt der Faßstraße stehen nach unserer Überzeugung im Widerspruch zur Verkehrssicherheit, insbesondere zur Sicherheit von Radfahrern. Es gibt bessere Routen für den Radverkehr. Aus diesen Gründen haben wir nicht für den vom Rat beschlossenen Bebauungsplan gestimmt.“

Uwe Waßmann: „Gute Lösung für den Radverkehr am Wallring“



„Wir begrüßen das Vorhaben, das Radwegenetz in Dortmund zu optimieren. Allerdings suchen wir dabei den vernünftigen Ausgleich zwischen allen Verkehrsteilnehmern. Vor diesem Hintergrund haben wir immer gefordert, die beabsichtigten Radvorrangrouten vorzugsweise über Nebenstraßen zu führen und nicht die Hauptverkehrsstraßen damit zu belasten. Wir freuen uns, dass dieser Ansatz nun bei der Neuaufteilung des Straßenraums auf dem Wallring berücksichtigt wird“, blickt der planungspolitische Sprecher der CDU-Ratsfraktion Uwe Waßmann positiv auf den von der Verwaltung vorgelegten Entwurf zum fahrradfreundlichen Umbau eines ersten Teilschnittes des Wallrings zwischen Schwanen- und Ostwall. „Wir haben stets zum Ausdruck gebracht, dass wir Einschränkungen des

Autoverkehrs durch den Wegfall einer Fahrspur zugunsten des Radverkehrs auf dem Wallring ablehnen. Deshalb findet die nun gefundene Lösung unsere Zustimmung.“



Foto: Stadt Dortmund, Vermessungs- und Katasteramt

Danach bleiben die heutigen Hauptfahrspuren des Wallrings unangetastet. Attraktive, breite und sichere Radwege sollen dadurch entstehen, dass Radfahrer unabhängig vom

motorisierten Verkehr über die vorhandenen Nebenfahrbahnen auf Fahrradstraßen oder auf eigenständigen Radwegen geführt werden.

„Nach dem Verwaltungsentwurf haben Radfahrer die Möglichkeit, auf der inneren wie äußeren Seite des Wallrings in beide Richtungen zu fahren. Sicher abgegrenzt zum fließenden und ruhenden Autoverkehr und getrennt von Fußgängern“, was den Vorstellungen der CDU-Fraktion absolut entspreche, stellt Waßmann fest.

Der zusätzliche Platzbedarf für den sicher geführten Fuß- und Radverkehr zwischen Schwanen- und Ostwall wird zum Wegfall von voraussichtlich 180 der derzeit über 780 Stellplätze im Umbaubereich führen. „Dies ist unseres Erachtens zu verkraften, stehen in den umliegenden Parkhäusern und Tiefgaragen doch ausreichend Stellplätze zur Verfügung. Die neuen Radwegeverbindungen werden ein Gewinn für die Innenstadt sein“, ist Waßmann überzeugt.

Freie Fahrt zum Dortmunder Hafen



Der Dortmunder Hafen, Europas größter Kanalhafen, geriet zuletzt immer wieder wegen baulich-technischer Defekte, Instandsetzungsarbeiten oder Sperrungen auf dem

Wasserweg nach Dortmund in die Negativschlagzeilen. Die aktuellen infrastrukturellen Gegebenheiten entlang des Dortmund-Ems-Kanals entpuppen sich zunehmend als Achillesferse des alltäglichen Schifffahrtbetriebes. Die CDU-Fraktion hat die Problematik mit einer mehrheitlich beschlossenen Antragsinitiative im Rat aufgegriffen: „Wir wollen mit Unterstützung der schwarz-gelben Landesregierung und des Bundes eine umfassende Modernisierung der Hafeninfrasturk vorantreiben“, erklärt der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Jendrik Suck.



Der Schleuse Henrichenburg, die jedes Schiff bei der Ein- und Ausfahrt in den Hafen passieren muss, drohen aufgrund der kontinuierlichen Instandsetzungsarbeiten immer wieder Sperrungen. Sobald aber die einzige Schleusenammer für Reparaturen geschlossen wird, steht der gesamte Schiffsverkehr still. „Dieses Problem kann nur durch den Bau einer neuen, zweiten Schleuse gelöst werden, die das Kanalnetz auf moderne Standards anhebt und wesentlich leistungsfähiger macht. Dafür setzen wir uns ein“, unterstreicht Benedikt Penning, wirtschaftspolitischer



Foto: CDU-Ratsfraktion

Sprecher der CDU-Fraktion. Modernisierungsbedarf besteht auch in Bezug auf die 1951 erbaute „Schwieringhauser Brücke“. Das massive Stahlkonstrukt entspricht aufgrund der geringen Durchfahrthöhe nicht mehr den Anforderungen der heutigen Binnenschifffahrt (dreilagiger Containerverkehr).

In einem gemeinsamen Antrag haben die Regierungsfractionen von CDU und FDP im nordrhein-westfälischen Landtag das Thema „Stärkung der Binnenschifffahrt“ aufgegriffen.

Anfang September fand im Verkehrsausschuss des Landtages eine Anhörung zur Stärkung und Instandhaltung von Wasserstraßen in Nordrhein-Westfalen statt. „Dies nährt unsere Hoffnung, dass es mit der Ertüchtigung des Dortmund-Ems-Kanals vorangeht“, freuen sich Suck und Penning, dass die Stärkung von Häfen und Wasserstraßen in Düsseldorf auf der Agenda steht.

Neben den beiden Prestigeprojekten „Schleusenumbau“ und „Schwieringhauser

Brücke“ soll die Verwaltung zudem die Anbindung der Westfaliastraße an die OWIIIa/Mallinckrodtstraße (Vollanschluss Westfaliastraße) weiter vorantreiben – wie es bereits im Rahmen des „Verkehrskonzeptes Hafen“ vom Rat der Stadt Dortmund im Sommer 2015 beschlossen wurde. Zugleich soll eine optimierte Anbindung der KV-Anlage „Am Hafenbahnhof“ an das öffentliche Schienennetz geprüft werden. Ferner ist der weitere Ausbau der Umschlaganlage des Kombinierten Verkehrs vorzubereiten.

Haushalt 2018: Erstmals seit 2006 wieder ein Jahresüberschuss – ohne CDU nicht möglich



Erstmals seit 2006, seit der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF), weist der Jahresabschluss der Stadt Dortmund wieder ein Plus aus. Ein Erfolg der konsequenten Finanz- und Haushaltspolitik der CDU-Fraktion. Ohne die Anstrengungen im Rahmen des von der CDU angestoßenen mehrjährigen Haushaltsprojekts „Memorandum – Die Stadt zuerst – Zukunftspakt für eine nachhaltige Konsolidierung des Dortmunder Haushalts“ gäbe es

trotz der konjunkturellen Effekte (sprudelnde Steuererträge, niedrige Zinsen) keinen Haushaltsüberschuss. Der Memorandumsprozess hat für das Jahr 2018 annähernd den ausgewiesenen Jahresüberschuss in Höhe von 20 Millionen Euro erwirtschaftet:

„Exakt 19,6 Millionen im Jahr 2018 lieferte unsere seinerzeitige Idee, ein strukturelles Sparpaket aufzulegen, um die Handlungsfähigkeit und Investitionsfähigkeit für kommende Haushaltsjahre zu erhalten und ab 2019 die Entschuldung des städtischen Haushalts angehen zu können. Der Haushaltsüberschuss ist ein großer Erfolg für die CDU, den wir gerne auf der Habenseite verbuchen“, bewertet der finanzpo-

litische Sprecher der CDU-Fraktion Udo Reppin den Erfolg des Memorandumsprozesses.

Insgesamt wurden in den Haushaltsplänen der Jahre 2016 bis 2019 durch Memorandumsmaßnahmen rund 68,5 Millionen Euro strukturell eingespart. Dies geht aus dem Abschlussbericht des Projektes „Memorandum – Die Stadt zuerst – Zukunftspakt für eine nachhaltige Konsolidierung des Dortmunder Haushalts“ hervor. „Damit haben sich die Erwartungen an den 2015 beschlossenen Zukunftspakt erfüllt. Uns ist wichtig: Ohne den Bürger zu belasten. Ohne Steuererhöhungen, ohne Leistungskürzungen, ohne Schließung von Einrichtungen! Wir wollen uns aber nicht auf dem

Erreichten ausruhen, zumal wir den Einstieg in die Entschuldung noch nicht geschafft haben. Den eingeschlagenen Weg nachhaltiger Sparanstrengungen, ohne den Bürger zu belasten, möchten wir konsequent fortsetzen“, betont Udo Reppin.

Ursprüngliche Zielsetzung war es, zunächst Dortmunds Handlungsfähigkeit für die Haushaltsjahre 2015 bis 2017 weiterhin zu erhalten, um dann im Jahr 2018 den Haushaltsausgleich zu erreichen und schließlich ab 2019 die Entschuldung des städtischen Haushalts angehen zu können. Bis zum Jahr 2019 sollten strukturelle Einsparungen von insgesamt 60 Millionen Euro (15 Millionen Euro pro Jahr) entwickelt werden.

Etatentwurf 2020/2021 – Ulrich Monegel: „Dortmund erntet nun die Früchte kluger CDU-Haushaltspolitik!“

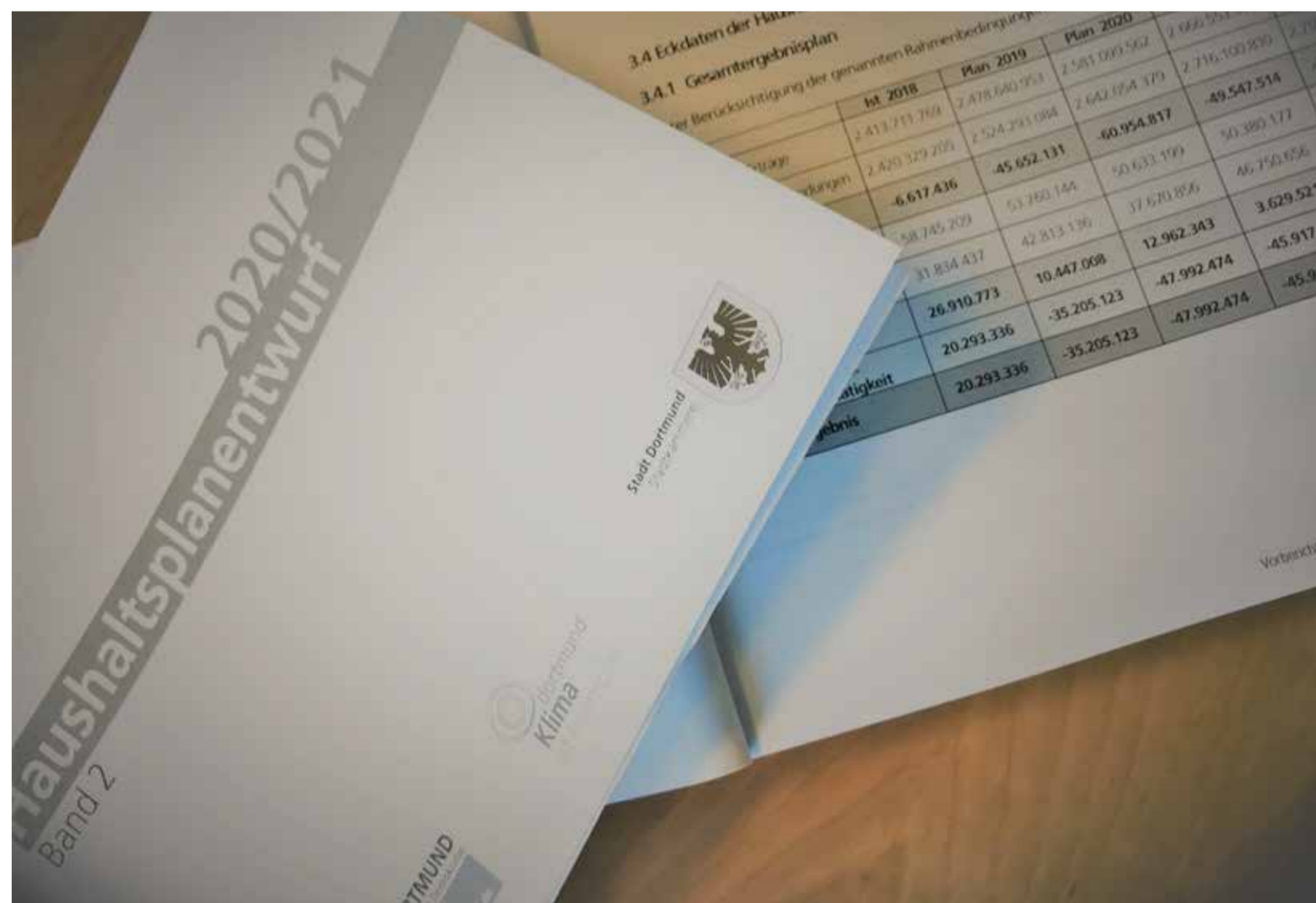


Foto: CDU-Ratsfraktion

Kämmerer und Stadtdirektor Jörg Stüdemann hat dem Rat der Stadt Dortmund den Entwurf des Haushaltsplanes für die Jahre 2020 und 2021 vorgestellt. Zur Vermeidung einer längeren „haushaltslosen“ Zeit infolge der Kommunalwahl und Neukonstituierung des Rates im Herbst nächsten Jahres liegt erstmals mal wieder ein Doppelhaushalt vor.

Der Haushaltsplanentwurf sah insgesamt Aufwendungen von rund 2,68 Milliarden Euro im Jahr 2020 und rund 2,76 Milliarden Euro im Jahr 2021 vor. Diesen standen im Entwurf Erträge in Höhe von rund 2,63 Milliarden Euro im Jahr 2020 und 2,71 Milliarden Euro im Jahr 2021 gegenüber. Nach dem aktuellen Stand der Planzahlen ist unter Berücksichtigung ein-

getretener Veränderungen für das Jahr 2020 von einem Jahresfehlbedarf in Höhe von rund 53 Millionen Euro auszugehen und von einem Defizit in Höhe von rund 56 Millionen Euro im Jahr 2021. Der Haushaltsausgleich lässt sich nur durch eine weitere Aufzehrung der allgemeinen Rücklage erreichen. Allerdings: Die Haushalte sind genehmigungsfähig, ohne

die Bürgerinnen und Bürger zu belasten. Das war schon mal anders!



„Dies ist die Ernte des von uns angestoßenen Zukunftspakts für die nachhaltige Konsolidierung des Dortmunder Haushaltes ‚Memorandum - Die Stadt zuerst‘: In mehreren Jahren ist es gelungen, Einsparmaßnahmen in einer Gesamthöhe von rund 68,5 Millionen Euro zu entwickeln, die im Haushaltsplanentwurf 2020 / 2021 fortwirken. Ohne diese erhebliche Reduzierung des Aufwands befänden wir uns aktuell möglicherweise in der Haushaltssicherung“, mahnt der Vorsitzende der CDU-Ratsfraktion Ulrich Monegel, den eingeschlagenen Pfad konsequenter Eigenanstrengungen zur Verbesserung der Haushaltslage nicht wieder zu verlassen. „So bleibt“, stellt Monegel fest, „die kommunalpolitische Handlungsfähigkeit erhalten: Ohne Steuererhöhungen, ohne Leistungskürzungen, ohne Schließung von Einrichtungen! Die Eckpunkte des Doppelhaushalts 2020 / 2021 zeigen aber auch auf, wie wichtig eine weitere Entlastung der Kommunen von den Kosten der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen und wie nötig außerdem eine Lösung der Altschuldenproblematik ist.“ Da müssen andere staatliche Ebenen dringend helfen!

Schulentwicklungsplanung 2018 bis 2023: CDU fordert vehement Einrichtung eines zusätzlichen Gymnasiums



Angesichts eines prognostizierten Anstiegs der Zahl der Schulkinder haben wir mit der Mehrheit des Rates die Verwaltung beauftragt, zur notwendigen Anpassung der Kapazitäten in den Schulen folgende Maßnahmen in Angriff zu nehmen:

- Errichtung von jeweils einer neuen Grundschule in den Stadtbezirken Hörde, Innenstadt-Nord und Innenstadt-Ost mit jeweils vier Schulzügen.
- Bauliche Erweiterungen an 17 Grundschulstandorten.
- Bauliche Erweiterung an acht Gymnasien zwecks Kapazitätserhöhung um insgesamt zehn Schulzüge.
- Bauliche Erweiterung an drei Gesamtschulen zwecks Kapazitätserhöhung um insgesamt fünf Schulzüge.
- Umwandlung der dreizügigen Reinoldi-Sekundarschule in eine vierzügige Gesamtschule.

Dazu die schulpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund Dr. Eva-Maria Goll: „Für die Reinoldi-Sekundarschule, die seit ihrer Gründung jedes Schuljahr aufs Neue um das Erreichen der Mindestschülerzahl bangen musste, sehen wir durch die Umwandlung in eine Gesamtschule eine gute zweite Chance. Wir halten es für vernünftig, den erwarteten weiteren Bedarf an Gesamtschulplätzen über die Aufstockung von Zügig-



Foto: iStock.com/dolgachov

keiten, also die Einrichtung von mehr Klassen pro Jahrgang je bestehender Schule, zu decken.

Für problematisch halten wir hingegen den Vorschlag, den erwarteten Mehrbedarf an gymnasialen Schulplätzen über die Erhöhung von Zügigkeiten zu realisieren. Schließlich ist noch gar nicht klar, wie viele zusätzliche Räume an den Gymnasien für die Rückkehr

zu G9 benötigt werden. Deshalb halten wir die Einrichtung mindestens eines zusätzlichen Gymnasiums für notwendig. Darüber hinaus hat die Verwaltung im Schulausschuss klargestellt, dass die vorgelegten Pläne zu Erweiterungen noch überhaupt nicht mit der Bauverwaltung abgestimmt sind. Es bleibt also spannend. Während die Fraktion Die Linken &

Piraten weitere Gesamtschulen und die komplette Umstellung auf diesen Schultyp fordern, bleiben wir bei der uneingeschränkten Wertschätzung des mehrgliedrigen Schulsystems und den tatsächlich bestehenden Bedarfen, woraus sich angesichts der Datenlage eben die Notwendigkeit der Einrichtung mindestens eines neuen Gymnasiums ergibt.“

Lösung für Raumnot in Nordstadt-Schulen CDU-Fraktion hocherfreut über Beschulungsvereinbarung mit Schwerte – Goll: „Politik ist das Bohren dicker Bretter!“

Der Rat der Stadt Dortmund hat mit den Stimmen der CDU-Fraktion ein von der Verwaltung vorgelegtes Realisierungskonzept zur Erweiterung des Schulraums in der Nordstadt beschlossen. Die Stadt will in den nächsten 15 bis 20 Jahren rund 184 Millionen Euro für Schulen in der Dortmunder Nordstadt investieren, neue Grundschulen bauen und die bestehenden sanieren und erweitern.

„Weiterhin steigende Schülerzahlen führen zu Raumnot an den Schulen, ganz akut zu zunächst insbesondere an den Grundschulen. Dies gilt in besonderer Weise für die Nordstadt.“, erläutert Dr. Eva-Maria Goll. „Mit dem beschlossenen Investitionsprogramm soll Abhilfe geschaffen werden.“

Dortmund und die Stadt Schwerte haben zum Schuljahr 2020/2021 eine Beschulungsvereinbarung geschlossen. Diese ermöglicht es den Kindern der Höchstener Grundschule und der Eintracht-Grundschule in Dortmund-Hörde, am Friedrich-Bährens-Gymnasium oder Ruhrtal-Gymnasium in Schwerte aufgenommen zu werden. Vereinbart ist zunächst eine Laufzeit für die Schuljahre 2020/21 bis 2025/26. Dr. Eva-Maria Goll, schulpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, und der Vorsitzende der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung Hörde, Michael Depenbrock, haben an der Unterzeichnung der Schulvereinbarung in Schwerte teilgenommen. Der Dortmunder Rat hatte dafür zuvor grünes Licht gegeben.

Kinder, die an der Stadtgrenze zu Schwerte wohnen, haben im Anschluss an ihre Grundschulzeit wegen der Wohnortnähe und der guten Verkehrsanbindung häufig den Wunsch, auf ein Schwertes Gymnasium zu wechseln. Seit dem Schuljahr 2015/2016 kam es wegen nicht ausreichender Aufnahmekapazitäten zu vermehrten Ablehnungen.

Dass zur Lösung des Problems nun eine Beschulungsvereinbarung geschlossen wurde, ist insbesondere ein Verdienst der CDU-Fraktion. Die schulpolitische Sprecherin der CDU-Ratsfraktion Dr. Eva-Maria Goll sagt dazu: „Dass Politik das Bohren dicker Bretter ist, ist ja bekannt. Dass es zu einer Beschulungs-

vereinbarung kommt, zeigt aber noch einmal ganz deutlich, wie wichtig die nicht nachlassenden Bemühungen der betroffenen Bürgerinnen und Bürger sowie der Politik waren.“ Insbesondere die CDU-Fraktion hatte sich in den vergangenen Monaten im zuständigen Schulausschuss und in der lokal zuständigen Bezirksvertretung Hörde immer wieder für das Zustandekommen einer Beschulungsvereinbarung zwischen den beiden Nachbarstädten eingesetzt. Erst im März dieses Jahres hatten die Christdemokraten im Schulausschuss die Aufnahme von erneuten Gesprächsrunden zwischen den Städten Dortmund und Schwerte beantragt – mit erfolgreichem Ausgang, wie sich nun zeigt.

Friedrich-Wilhelm Weber: „Nun Masterplan mit Leben füllen“

Die CDU-Fraktion begrüßt den vom Rat der Stadt Dortmund beschlossenen Masterplan Kommunale Sicherheit. Der Masterplan ist in einem gut dreijährigen Dialogprozess mit Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Dortmund sowie mit Polizei, Wissenschaft, städtischen Organisationen, Vereinen, Verbänden, Institutionen und interessierten Partnern aus der Wirtschaft erarbeitet worden. Entstanden ist ein Orientierungsrahmen, der eine gute Grundlage zur Gewährleistung und Verbesserung der Sicherheit in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen und kommunalpolitischen Handlungsfeldern schafft.

Die Verwaltung hat den Auftrag, den Prozess zur konkreten Ausgestaltung des Masterplans nun dialogorientiert fortzusetzen. Der Startschuss dazu fiel mit einer Auftaktveranstaltung in der Bürgerhalle des Rathauses am 30. September 2019. Diese bot interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Gelegenheit, sich über den Entstehungsprozess, die gewonnenen Erkenntnisse sowie über erste Ergebnisse und die weitere Planung zu informieren.



Foto: Dieter Menne

Die CDU-Fraktion hat sich in den Beratungen unter anderem dafür eingesetzt,

- dass über das gesamte Stadtgebiet verteilt „Quartierslabore“ für den Sicherheitsdialog eingerichtet werden.
- dass zur Verbesserung der Beleuchtungssituation und zur Verhinderung von Angst-räumen eine „Beleuchtungsmängelkarte“ erstellt wird. Zudem soll eine Möglichkeit

geschaffen werden, Angsträume oder auch defekte Straßenleuchten ohne besonderen Aufwand zu melden.

- dass die Verwaltung Alkoholverkaufsverbote und Beschränkungen in der Zeit von 22.00 bis 05.00 Uhr, beispielsweise für Kioske, Supermärkte oder Tankstellen, in identifizierten kleinteiligen „Problembereichen“ prüft.

das im Stadtteil Hörde im Jahr 2015 angelaufene Projekt „Nette Toilette“ über das geplante Ende in 2020 hinaus fortzuführen und auf die übrigen Stadtteile auszuweiten.

- die Verwaltung zu beauftragen, eine mit Augenmaß betriebene und insbesondere „offene“ Videoüberwachung und Videoüberwachung im Rahmen ihrer Zuständigkeit auszuweiten beziehungsweise anzuregen.



Friedrich-Wilhelm Weber, ordnungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund: „Unsere Fraktion erwartet, dass der Masterplan mit Leben gefüllt wird und konkrete Handlungskonzepte erstellt werden. Dem Rat ist zum Ende eines jeden Jahres zum inhaltlichen Verfahrensstand zu berichten.“

Stärkung der kommunalen Sicherheitsarchitektur – Christiane Krause: „Wichtiges Signal für das Sicherheitsgefühl vor Ort“

„Durch die Personalaufstockung bei der Polizei können die von der CDU-Fraktion geforderten und unterstützten Maßnahmen, wie zum Beispiel die stärkere Präsenz der Ordnungspartner oder Videoüberwachung an ausgesuchten Plätzen und Orten weiterhin sichergestellt werden. Mehr Präsenz stärkt die präventive Polizeiarbeit und erhöht die Sicherheit in Dortmund und das Sicherheitsgefühl der Menschen in unserer Stadt“, kommentiert Christiane Krause, Vorsitzende des Bürgerdiensteausschusses und Mitglied im Polizeibeirat, die Erhöhung der Stellen am Polizeipräsidium Dortmund zum 1. September

2019. Die Verteilung der Polizeikräfte erfolgt in NRW aufgrund der sogenannten „Belastungsbezogenen Kräfteverteilung (BKV)“. Danach wird in jährlicher Festsetzung die Polizei dort konzentriert, wo die größten Anforderungen (Kriminalitäts- und Verkehrsunfallgeschehen) bestehen.

Christiane Krause: „Angesichts stets neuer polizeilicher Herausforderungen ist es ein wichtiges und konsequentes Signal, dass das Polizeipräsidium Dortmund in diesem Jahr insgesamt 68,36 Stellen mehr zugewiesen bekommt. Hierunter fallen sowohl Polizeivollzugsbeamte als auch Regierungsbeschäftigte.“

Wir begrüßen das erkennbare Bemühen des Landes, die Personalkapazitäten der Polizei Schritt für Schritt den steigenden Anforderungen vor Ort anzupassen. Dazu wird auch die Ausbildungsoffensive im Bereich der Polizei beitragen. Allein in diesem Jahr hat das NRW-Innenministerium 2.500 Polizeianwärter eingestellt.“



Kirchentag 2019 in Dortmund – Sascha Mader: „Dortmund hat sich von seiner besten Seite gezeigt“



„Der Kirchentag in Dortmund war eine große Bereicherung für die Stadt“, zeigt sich Sascha Mader, Sprecher der CDU-Fraktion im Ausschuss für Bau, Verkehr und Grün im Rückblick begeistert: „Alle Beteiligten – angefangen von den Organisatoren der Stadt, dem Ordnungsamt, der Polizei bis hin zu DSW und EDG – haben durchweg eine großartige Leistung erbracht, die dafür gesorgt hat, dass sich mehr als 120.000 Menschen aus der ganzen Welt in Dortmund sicher und wohl gefühlt haben.“

„Der Ruf unserer Stadt litt zuletzt unter Berichterstattungen über rechte Strukturen und ‚Tatort-Folgen‘, die von Dortmund ein eher düsteres, vergangenheitsbezogenes Bild zeichneten. Der Kirchentag hat gezeigt, dass Dortmund eine wunderbare, moderne Großstadt ist, mit vielen Gesichtern. Eine Stadt, die Grandioses leisten kann. Zudem eine offene Stadt, deren Bewohner äußerst hilfsbereit und gastfreundlich sind“, so Mader.

Besonders lobenswert sieht Mader die Tatsache an, dass das Erscheinungsbild der Stadt vor und während der Kirchentage von einem sehr gepflegten Zustand geprägt war. Seiner Ansicht nach sollte das Thema „Sauberkeit“ allerdings nicht nur Priorität bei bundesweit beachteten Großveranstaltungen haben. Stattdessen sollte

es Ansporn und Anspruch sein, dass sich die Stadt möglichst immer so sauber und gepflegt präsentiert.

„Ich würde mir wünschen, dass wir uns etwas von der Zeit des Kirchentages bewahren: Das respektvolle Miteinander. Die vielfältigen positiven Seiten dieser Stadt herauszustellen und ihre Vorzüge zu beleuchten, statt immer nur das zu betonen, was negativ auffällt. Die Erkenntnis, dass alle von einer sauberen und gepflegten Stadt profitieren und dies den Wohlfühlfaktor in unserer Stadt erhöht. Um dieses Erscheinungsbild permanent aufrecht zu erhalten, werden wir als CDU fordern, dass das Handlungsfeld Sauberkeit mit entsprechenden finanziellen und personellen Ressourcen dauerhaft und adäquat ausgestattet wird“, so Mader abschließend.



Foto: CDU-Ratsfraktion

Ute Mais: „Endlich ist der Sport in den Fokus gerückt“ – Sportstättenförderprogramm „Moderne Sportstätte 2022“



Das Land hat den Förderauftrag für das Sportstättenförderprogramm „Moderne Sportstätte 2022“ veröffentlicht. Dazu erklärt die sportpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion Ute Mais:

„Mit den Fördergeldern unterstützt das Land die gute Arbeit vor Ort. Dortmund bekommt für die Modernisierung und Sanierung seiner Sportstätten insgesamt mehr als 7,9 Millionen Euro. Durch die Mitarbeit der Sportvereine als Adressaten des Förderprogramms ist es möglich, den bestehenden Sanierungsstau schneller zu beseitigen. In allen Sportarten! Nachdem das Kunststrassenprogramm fast vollzogen ist, können nun unter Mitwirkung der Vereine andere Erfordernisse, wie zum Beispiel ein Kabinensanierungsprogramm, gestemmt werden. Die Fördermittel sind eine Motivation für die Vereine, ihre Zukunft innovativ, verantwortungsvoll und kreativ mitzugestalten.“

Die Einbindung der Vereine werde zudem dazu beitragen, die Wertschätzung gegenüber den Sportstätten zu steigern und einen scho-

nenden Umgang mit ihnen zu fördern, ist Mais überzeugt.

Der Sportsportbund bündelt die Projektvorschläge der Vereine, priorisiert sie und reicht eine Vorschlagsliste beim Land ein.

Ute Mais: „Das Sportstättenförderprogramm ‚Moderne Sportstätte 2022‘ setzt einen starken Akzent, nachdem die Investitionen in unsere Sportstätten lange vernachlässigt wurden. Mit den Fördergeldern sollen unter anderem nachhaltige Modernisierungen, Sanierungen sowie der Umbau oder Ersatzneubau von Sportstätten und Sportanlagen finanziert werden. Damit haben unsere Sportvereine nun die Möglichkeit eine moderne und bedarfsgerechte Sportstätteninfrastruktur anzubieten. Denn nur wenn die Vereine ihre Sportstätten auf den neuesten Stand bringen können, sind sie auch in der Lage, ihre vielfältigen und wichtigen Aufgaben in unserer Gesellschaft noch besser wahrzunehmen. Um den Sport in Dortmund noch effizienter zu unterstützen, haben wir den ‚Masterplan Sport‘ auf den Weg gebracht. Damit erkennen wir das großartige Engagement unserer Vereinslandschaft an und fördern das Miteinander aller Akteure im Dortmunder Sport. Mein Wunsch: den Sport weiterhin zu unterstützen – vor Ort, in Land und Bund. Er ist es wert!“



Foto: iStock.com/jbk_photography

CDU-Forderung erfüllt sich: Neue Großsporthalle für Dortmund

„Bereits in unseren Kommunalpolitischen Leitlinien haben wir den Bedarf für eine moderne und gut ausgestattete Ballsporthalle festgestellt und uns dafür ausgesprochen, Chancen und Wege ihrer Realisierung zu prüfen“, freut sich die sportpolitische Sprecherin der CDU-Ratsfraktion Ute Mais darüber, dass es nun zur Durchführung eines Planungswettbewerbs für den Bau einer neuen Großsporthalle kommt.

Angedacht ist eine Vierfachsporthalle mit einer Zuschauertribüne für 3.250 Menschen am Standort Unionstraße / Übelgönne in der westlichen Innenstadt. Die geplante Sportarena schließt eine Lücke in der Sportinfrastruktur Dortmunds. Ute Mais: „Den hallengebundenen Ballsportarten, insbesondere Handball, Volleyball und Basketball, fehlt es bislang an einer bundesligatauglichen und wettbewerbsfähigen Sportstätte in unserer Stadt.“ Darüber hinaus soll die geplante Halle dem Schulsport der benachbarten Berufskollegs (Robert-Schumann-Berufskolleg und Robert-Bosch-Berufskolleg) zur Verfügung stehen.

Ute Mais: „Wir stärken den Sport!“ – Mehr Geld für die Sportvereine

„Dank der von uns erreichten Aufstockung der Sportfördermittel stehen den Dortmunder Vereinen im laufenden Jahr aus städtischen Sportfördermitteln 1 Million Euro zur Verfügung. Dies bedeutet eine Verdoppelung der Sportfördermittel“, freut sich die sportpolitische Sprecherin der CDU-Ratsfraktion Ute Mais über die finanzielle Anerkennung der in den Sportvereinen geleisteten Arbeit.

Ute Mais: „Wie von uns gefordert, sind die Sportfördermittel für die Stadt Dortmund inzwischen überarbeitet worden. Ganz in unserem Sinne legen die neugefassten Sportfördermittel einen Schwerpunkt auf die Jugendarbeit. Darüber hinaus erfährt der Einsatz von Übungsleitern und Vereinsmanagern eine stärkere Förderung.“

So wird der jährliche Förderbetrag für jugendliche Mitglieder auf einheitlich 10 Euro und der jährliche Zuschuss für Übungsleiter auf 50

Euro angehoben. Die Mitarbeit qualifizierter Vereinsmanager in einem Vereinsvorstand, als wesentlicher Baustein zur Stärkung der Vereinsstrukturen, wird ab sofort mit 1.200 Euro pro Jahr unterstützt. Vereinen, die noch keinen lizenzierten Vereinsmanager haben, wird ein Zuschuss zu den Qualifizierungskosten von bis zu 500 Euro gezahlt. Auch die Bezuschussung von sogenannten Grundsportgeräten erhöht sich und wird auf 50 Prozent der Anschaffungskosten verdoppelt.

„Darüber hinaus“, ergänzt Ute Mais, „kommen dem Dortmunder Sport die Mittel aus der Sportpauschale des Landes NRW in einer Höhe von rund 1,7 Millionen Euro zugute. Diese Mittel stehen nach Abzug der Finanzierungskosten für das von der CDU-Fraktion mit Nachdruck verfolgte Kunstrasenprogramm zu je 50 Prozent den Vereinen und der Stadt zur Sanierung, Modernisierung und dem Neubau von Sportstätten zur Verfügung.“



Foto: iStock.com/matimix

Gründung und Standort der Akademie für Theater und Digitalität



„Hier entsteht ein europaweit einzigartiges Modellprojekt für digitale Innovation, künstlerische Forschung und technorientierte Weiterbildung. Die Akademie für Theater und Digitalität führt das Theater in das 21.

Jahrhundert, mit ihr entsteht eine Schnittstelle zwischen Darstellender Kunst und Digitaler Moderne“, begrüßt der kulturpolitische Sprecher der CDU-Ratsfraktion Joachim Pohlmann die Gründung der „Akademie für Digitalität und Theater“ als 6. Sparte des Theaters Dortmund. Von Anfang an habe die CDU-Fraktion hinter der Idee für die Akademie gestanden, die Dortmund die einmalige Gelegenheit biete, sich als Innovationsstätte des Theaters der Zukunft einen Namen zu machen.

Die Akademie wird ihren späteren Standort in der Speicherstraße finden. Bis die dafür vorgesehene Immobilie fertiggestellt ist, wird die Akademie in der bisherigen Schreinerei im Theater untergebracht. Die Akademie hat drei Säulen:

- Ein digital orientiertes Labor mit einem Stipendienprogramm für herausragende Künstler(innen), Techniker(innen) oder Wissenschaftler(innen).

- Einen international akkreditierten, künstlerisch-technologischen Master-Studiengang „Theater und Digitalität“, der Künstler(innen) und Techniker(innen) für das Theater der kommenden Generationen ausbildet.

- Weiterbildungs- und Qualifizierungsprogramme für die technisch-handwerklichen und technisch-künstlerischen Berufe am Theater, um die Kunstschaffenden mit den neuesten Entwicklungen in Soft- und Hardware vertraut zu machen.

Der Betrieb der Akademie (Weiterbildung und Forschung) ist durch Fördermittel des Bundes und des Landes für drei Jahre gesichert, eine Fortschreibung ist möglich.

Neues Mitglied der CDU-Fraktion



Foto: CDU-Ratsfraktion

Unsere Fraktion begrüßt ein neues Mitglied: Annette Becker aus Lütgendortmund folgt über die Reserveliste der CDU dem ehemaligen jugendpolitischen Sprecher unserer Fraktion, Christian Barrenbrügge, nach dessen Mandatsniederlegung.

Annette Becker wurde in der Septembersitzung des Rates von Bürgermeisterin Birgit Jörder eingeführt und in feierlicher Form zur gesetzlichen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben verpflichtet. Annette Becker ist fortan Mitglied im Schulausschuss, im Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie sowie im Betriebsausschuss FABIDO.

Justine Grollmann: Ein „Demenzdorf“ nach Amsterdamer Vorbild für Dortmund?



Die CDU-Fraktion hat im Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit die Verwal tung beauftragt, die Umsetzbarkeit eines neuen Betreuungskonzepts für demenzkranke Menschen in Dortmund zu prüfen: Ein Demenzdorf nach Amsterdamer Vorbild. „Wir sind überzeugt, dass die Entwicklung demenzspezifischer Pflege- und Betreuungskonzepte die Lebensqualität von Betroffenen enorm steigern kann und wollen dies auf lokaler Ebene anstoßen“, dringt die gesundheitspolitische Sprecherin der CDU-Ratsfraktion Justine Grollmann auf mehr Offenheit gegenüber alternativen Konzepten. „Betroffene haben einen erhöhten Bewegungsdrang, ihre Kommunikati-

onsfähigkeit verändert sich, sie entwickeln spezielle Ernährungsgewohnheiten und zeigen oftmals auch herausfordernde Verhaltensweisen. In Altenpflegeeinrichtungen, die nicht auf die Pflege demenzkranker Menschen spezialisiert sind, können diese besonderen Bedürfnisse in der Regel nicht ausreichend berücksichtigt werden“, stellt Grollmann fest. Infolgedessen leide die Lebensqualität der Betroffenen oft erheblich.

Eine innovative Lösung bietet nach Ansicht der CDU-Ratsfraktion das „Demenzdorf-Konzept“. Das Betreuungskonzept stammt ursprünglich aus den Niederlanden, wo für demenzkranke Menschen ein ganzes Dorf nahe Amsterdam entstanden ist. „Normalität“ sei der Schlüsselbegriff dieses Konzepts, erläutert Grollmann: „Die Betroffenen leben in kleineren Hausgemeinschaften zusammen und pro-

fitieren von demenzgerechter Architektur und individuell-bediirfnisorientierter Betreuung. Pflegepersonal und Fachkräfte sind ganz alltäglich gekleidet. Neben einem Supermarkt, einem Friseur, einem Café und einer Parkanlage, gibt es auch eine Vielzahl an Gemeinschaftsplätzen und -aktivitäten, die die Bewohner nutzen können. Für Demenzkranke wird sozusagen eine kleine, eigene Welt geschaffen, die eine ‚alltägliche Normalität‘ vermittelt.“

Grollmann unterstreicht abschließend: „Dortmund kann hier möglicherweise eine Vorreiterrolle in Deutschland einnehmen. Der Gesundheitssektor ist Wirtschaftsmotor und besonderes Aushängeschild unserer Stadt. In dieses Bild würde sich unserer Meinung nach das Demenzdorf-Konzept als innovativer Lösungsweg einer zukunftsorientierten Stadtgesellschaft sehr gut einfügen.“

Hintergrund: In Deutschland sind derzeit etwa 1,7 Millionen Menschen von Demenz betroffen. Die Deutsche Alzheimer Gesellschaft schätzt in ihrem Bericht aus dem Jahr 2018, dass die Zahl von demenzkranken Menschen in Deutschland in den kommenden Jahrzehnten weiter zunehmen wird, sofern kein präventiver oder therapeutischer Quantensprung gelingt. Folgt man den gängigen Prognosen zur allgemeinen Bevölkerungsentwicklung in Deutschland, dann könnte die Zahl der Betroffenen bis zum Jahr 2050 auf rund 3 Millionen ansteigen – bei abnehmender Gesamtbevölkerungszahl. Das Demenzdorf-Konzept ist in Deutschland noch weitgehend unbekannt, wird im europäischen Ausland aber seit Jahren mit Erfolg praktiziert. Im nationalen Kontext genießt das 2014 eröffnete Demenzdorf „Tönebon am See“ bei Hameln bislang Alleinstellungsstatus.

„Gendergerechte“ Sprache? CDU: Verwaltungssprache verständlich machen!

Der vom Rat der Stadt Dortmund beschlossene „Gleichstellungsplan 2019 – 2023“ sieht zur Förderung eines fairen Umgangs der Geschlechter die Erstellung eines „Leitfadens zur gendergerechten Sprache“ vor. Die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund möchte das Thema „geschlechtergerechte Sprache“ nicht isoliert betrachten, sondern eingebettet wissen in eine Gesamtbetrachtung von Maßnahmen zur Förderung einer bürgerorientierten und bürgerfreundlichen, leicht verständlichen und zeitgemäßen Verwaltungssprache.

„Unser Anliegen ist es, Verwaltungssprache als Quelle von Missverständnissen und Benachteiligungen zu entschärfen. Eine bürgerfreundliche Verwaltung muss sich einer einfachen, verständlichen und zeitgemäßen Sprache bedienen und so Akzeptanz für ihr Handeln schaffen“, erläutert der personalpolitische Sprecher Dr. Jendrik Suck die Beweggründe der CDU-Fraktion. Suck fordert mit viel Augenmaß und Sensibilität an das Thema „Verwaltungssprache“ heranzugehen: „Mit der umfassenden Betrachtung des Themas ‚Verwaltungssprache‘ wollen wir vermeiden, dass das Behördendeutsch durch die Verfolgung eines einzelnen Zieles, der geschlechtergerechten Sprache, zusätzlich verkompliziert und von den Bürgern der Stadt nicht mehr akzeptiert wird. Verwaltungssprache muss für jedermann verständlich sein, darf nicht unnötig umständlich oder gekünstelt wirken, muss gut lesbar sein und sich deshalb an der Alltagssprache der Menschen ausrichten.“

CDU will über 100-jährigen Schatz wahren und fördern: Zukunftskonzept für den Fredenbaumpark

Zur Entwicklung und Pflege des Fredenbaumparks wird die Verwaltung auf Initiative der CDU-Fraktion im Ausschuss für Bauen, Verkehr und Grün ein „Zukunftskonzept“ erarbeiten. Wie von der CDU-Fraktion gefordert, wird es im neuen Grünflächenamt der Stadt Dortmund zukünftig außerdem einen zentralen Ansprechpartner für den Fredenbaumpark geben. Die CDU-Forderung, diese Stelle mit eigenen Mitteln auszustatten, die dem stadtbedeutsamen Charakter des Parks Rechnung tragen, wird Gegenstand der Haushaltsberatungen sein.

Dazu der zuständige Sprecher der CDU-Fraktion, Sascha Mader:

„Den Park im einwohnerstärksten Dortmunder Stadtbezirk nachhaltig zu sichern und planvoll weiterzuentwickeln, hat Bedeutung über die Nordstadt hinaus. Nicht zuletzt aus Gründen des Klimaschutzes!“, zeigt sich Mader überzeugt. „Der Größe nach spielt die älteste Dortmunder Parkanlage annähernd in einer Liga mit dem Westfalenpark und dem Rombergpark – und auch sonst meinen wir: Dem Fredenbaumpark steht als Lebensraum, als ‚grünes Band‘ zwischen dicht besiedelten Wohnquartieren auf der einen und den angren-



Foto: Dieter Menne

zenden Industrie- und Gewerbegebieten auf der anderen Seite ein herausragender Stellenwert unter den Dortmunder Parkanlagen zu. Der Fredenbaumpark ist die ‚Grüne Lunge‘ der Nordstadt. Und nicht zu vergessen: Der Fredenbaumpark ist die älteste Dortmunder Parkanlage“, stellt Mader fest.

„Deshalb fordern wir – wie in den Fällen von Rombergpark und Westfalenpark längst auf dem Weg – auch für den Fredenbaumpark ein Konzept, das die stadtbedeutsame Parkanlage unter Erhalt ihres historisch gewachsenen Charakters weiterentwickelt und zukunftsfähig aufstellt“, erläutert Sascha Mader den Vorstoß der CDU-Fraktion.



Grafik: AKADEMIE FÜR THEATER UND DIGITALITÄT

Anreize für freiwilligen Autoverzicht: „Wir wollen den ÖPNV attraktiv machen“



„Wir wollen den ÖPNV so attraktiv machen, dass mehr Menschen freiwillig auf das Auto verzichten. Der ÖPNV kann einen wichtigen Beitrag zu Klimaschutz und Luftreinhaltung leisten. Voraussetzung ist ein moderner und funktionierender ÖPNV. Deshalb haben wir uns bereits in den Beratungen zum Masterplan Mobilität 2030 dafür eingesetzt, dass das Land die Erneuerung kommunaler Schienestrecken mit rund 1 Milliarde Euro unterstützt. Nun hat sich unsere Forderung erfüllt“, stellt Waßmann zufrieden fest.

„Wir freuen uns über die Rahmenvereinbarung ‚Kommunale Schiene‘ zwischen Land und 15 Verkehrsunternehmen. Die CDU-geführte Landesregierung kommt ihrem Versprechen nach und

verpflichtet sich, eine Milliarde Euro für Erneuerungsinvestitionen bereitzustellen. Damit soll das Netz der Straßen- und Stadtbahnen erneuert werden“, erläutert Uwe Waßmann, planungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund.

DSW21 erhält bis 2031 die Summe von insgesamt 96 Millionen Euro. Weitere 2,1 Millionen Euro sind für die Hochbahn vorgesehen. „Die Städte werden durch diese Hilfe bei der Sanierung gerade maroder Stadtbahnen erheblich entlastet. Die Landesregierung lässt die Kommunen nicht allein. Für die CDU-Ratsfraktion ist bei diesem Programm aber auch wichtig, dass nicht bloß eine einfache Sanierung finanziert wird. Wir erwarten von dem Programm auch ein ‚Upgrade‘, das alles auf den heutigen Stand der Technik bringt. Die Chancen der Digitalisierung sind zu nutzen“, so Uwe Waßmann weiter.



Foto: DSW21, Fotograf: Jörg Schimmel

ÖPNV: 365-Euro-Jahresticket würde Dortmund mehr als 26 Millionen Euro pro Jahr kosten!



Foto: DSW21, Fotograf: Jörg Schimmel

Das 365-Euro-Jahresticket nach Wiener Vorbild wird momentan auch in Dortmund diskutiert. Im Ballungsraum Ruhrgebiet, mit zahlreichen Autobahnen, Schienennetzen und Wasserwegen ein zentraler Verkehrsknotenpunkt der Republik, sehen manche das Modell als Lösung aller Probleme. Die Rechnung: Weniger Verkehr auf der Straße, weniger Schadstoffemissionen, klimafreundlichere Mobilität.

Auf Wunsch der CDU-Fraktion in der Verbandsversammlung hat der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr nun für alle Mitgliedskommunen eine Modellrechnung vorgelegt. Aus diesen ersten vorsichtigen Schätzungen geht hervor, dass die Stadt Dortmund im Falle der

Ticketeinführung nur für das Stadtgebiet Dortmund jährliche Ausgleichszahlungen in Höhe von mindestens 26,273 Millionen Euro an den Verkehrsbund leisten müsste. NRW-weit müssten Mindereinnahmen von ca. 241 Millionen Euro durch die Kommunen ausgeglichen werden. Bei einer Einführung eines VRR-weiten 365-Euro-Tickets müsste die Stadt Dortmund ein Minus von ca. 37,5 Mio. Euro ausgleichen. NRW-weit müssten die Kommunen dafür ca. 449 Millionen Euro Mindereinnahmen ausgleichen.

„Mit dieser Modellrechnung für ein 365-Euro-Jahresticket bringt der Verkehrsbund Rhein-Ruhr Transparenz in die Diskussion. Damit ist nun klar, welche Kosten unserer Stadt

durch die Einführung eines solchen Angebots entstehen würden. Wenn wir erreichen wollen, dass in Zukunft mehr Menschen den öffentlichen Nahverkehr anstatt das eigene Auto nutzen, dann wäre zunächst einmal ein umfangreicher Ausbau der Infrastruktur notwendig. Zu den jährlich über 26 Millionen Euro bzw. 37,5 Millionen Euro zum Ausgleich der Mindereinnahmen kämen demnach weitere Investitionskosten in Millionenhöhe hinzu“, erklärt Uwe Waßmann, umweltpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund.

Das wird auch am Beispiel der Donauegropole Wien deutlich: Vor Einführung des 365-Euro-Tickets baute die Stadt Wien ihre Infrastruktur über zehn Jahre lang extensiv aus. „Erst als ausreichende Kapazitäten vorhanden waren, hat man dort an der

Preisschraube gedreht. Und das in relativ moderatem Umfang – von ursprünglich 470 Euro auf nunmehr 365 Euro pro Jahr“, so Uwe Waßmann weiter. In Dortmund besteht jedoch einerseits eine erheblich größere Preisdifferenz. Andererseits ist fraglich, in welchem Maße die hiesigen ÖPNV-Kapazitäten und Infrastrukturen überhaupt noch weiter ausbaufähig sind.

Eine flächendeckende Umsetzung ist aus Sicht unserer Fraktion ohnehin nur mit einer Förderung durch den Bund möglich. „Schon jetzt stößt der Nahverkehr in Dortmund und den angrenzenden Städten oftmals an seine Kapazitätsgrenzen. Mehr geht nicht! Hier muss weiterhin investiert werden. Es kommt dabei immer auch auf die Qualität an“, meint Uwe Waßmann abschließend.

So erreichen Sie uns: _____

Friedensplatz 1
44135 Dortmund

Mo. - Do.: 8.30 - 17.30 Uhr
Fr.: 9.00 - 15.00 Uhr
oder nach Vereinbarung

Telefon: 02 31 - 57 94 11/12

Telefax: 02 31 - 57 98 03

Internet: www.cdudo-fraktion.de

E-Mail: fraktion@cdu-dortmund.de

Sie möchten KLARTEXT weiterempfehlen? _____

Scannen Sie den nebenstehenden QR-Code und schicken Sie uns eine E-Mail mit Name und Anschrift des neuen Empfängers an: fraktion@cdu-dortmund.de

